Zeitschrift: Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft

Band: 23 (1983)

Artikel: Der heimatlose Bürger im Leistungsstaat

Autor: Ganguillet, Gilbert / Kriesi, Hanspeter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-172337

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER HEIMATLOSE BÜRGER IM LEISTUNGSSTAAT

Gilbert Ganguillet/Hanspeter Kriesi

„Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfasst und das Seine ohne Entäusserung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat."
Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung

Die zunehmende Stimm- und Wahlabstinenz der Bürger gilt uns als Indiz für eine zunehmende Heimatlosigkeit im modernen Leistungsstaat. Diese Erscheinung hängt unserer Ansicht nach eng mit dem Zerfall traditioneller politischer Identitäten und dem Relevanzverlust der traditionellen politischen Organisationen zusammen. Diese haben es versäumt, die sich seit Mitte der sechziger Jahre bildenden neuen politischen Identitäten zu organisieren. In der Nachkriegszeit haben demzufolge zwei Kategorien heimatloser Bürger auf Kosten der integrierten Bürger an Bedeutung gewonnen:
Die apathischen Bürger der „schweigenden Mehrheit" einerseits und die marginalen Bürger, die Träger der neuen politischen Artikulation ausserhalb der traditionellen Kanäle, andererseits. Wir geben Hinweise auf die sozio-demografische Zusammensetzung der drei unterschiedenen Typen von Bürgern und zeigen, dass die Heimatlosen aus der „schweigenden Mehrheit" vor allem zur Stabilisierung des Systems beitragen, während sich die marginalen Bürger durch ein ausgesprochen hohes kritisches Potential auszeichnen. Schlussfolgernd legen wir den Organisationen der traditionellen Linksopposition ein Überdenken ihrer aktuellen Position nahe.

Le présent essai s'appuie sur la constatation d'une alienation croissante du citoyen face à la "chose publique". Ce phénomène est interprété ici dans le cadre d'une désintégration constante des grands systèmes d'identité collective et d'une perte d'influence des forces traditionnelles de l'opposition politique. Celles-ci ont omis de se soucier des nouveaux mouvements sociaux qui, depuis le milieu des années soixante, constituent le germe de nouvelles identités collectives. Dans la période de l'après-guerre, la proportion des citoyens qui se détournent des modalités politiques conventionnelles s'accroît constam-

ment, constituée d'une part des "citoyens apathiques" de la "majorité silencieuse", d'autre part de "citoyens marginaux", porteurs d'une nouvelle culture politique. Alors que les premiers sont principaalement caractérisés par un conformisme plus prononcé encore que celui des "citoyens intégrés", les seconds se distinguent par leur potentiel critique particulièrement développé. Les conclusions des auteurs pourraient, dans le cadre des nouveaux clivages politiques qui s'annoncent, constituer matière à réflection pour les organisations de l'opposition politique traditionnelle.

I. Die Entstehung von „Heimatlosigkeit" und ihre verschiedenen Gesichter

Wir gehen aus von der empirisch dokumentierten sinkenden Beteiligung der Bürger an herkömmlichen Formen politischer Willensäusserung. Diese Entwicklung hat bei bürgerlichen Ideologen oft zu beredten Klagen über das Schwinden des „staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins" Anlass gegeben. Man hat sie auch mit einem Nachlassen des normativen Drucks, mit zunehmender „Wohlstandverwahrlosung", gesteigerter Mobilität der Bürger oder mit der erhöhten Komplexität der Vorlagen in Verbindung gebracht. Solche Erklärungen zielen unserer Ansicht nach am wesentlichen Gehalt der beobachteten Entwicklung vorbei. „Staatsbürgerliches Verantwortungsbewusstsein" hat nicht nur in der Schweiz und auch hier nicht erst seit kurzem klassenspezifischen Charakter: Die konventionelle politische Beteiligung nimmt in den unterschiedlichsten Länder mit steigender hierarchischer Stellung in der Gesellschaft zu (vgl. *Verba* et al. 1978). In der Schweiz im besonderen lassen sich klassenspezifische Differenzen dieser Art bis zurück in die Dreissiger Jahre nachweisen.[1] „Staatsbürgerliches Verantwortungsbewusstsein" ist überall und war schon immer primär bürgerliches Bewusstsein bzw. Bewusstsein der herrschenden Klasse. Erklärungen der zunehmenden Bürgerabstinenz – für uns ein Indiz zunehmender Verbreitung von „Heimatlosigkeit" – müssen grundsätzlicher ansetzen.

1 Vgl. die bisher in dieser Diskussion wenig beachteten Ergebnisse aus der Analyse der Nichtwähler bei den Zürcher Gemeinderatswahlen: E. Schwaar: Die Nichtwähler bei den Gemeinderatswahlen 1970, Stat. Amt der Stadt Zürich: Zürcher Stat. Nachrichten, Hefte 2 und 3, 1971. P. Wüthrich: Die Wahlabstinenz bei den Zürcher Gemeindewahlen vom 26. Februar 1978. In: Zürcher Stat. Nachrichten, Heft 4, 1978. E. Schwaar: Die Nichtwähler bei den Zürcher Gemeindewahlen vom 7. März 1982. In: Zürcher Stat. Nachrichten, Heft 2, 1982.

1. Der Zerfall traditioneller politischer Identitäten

Entscheidend ist unserer Ansicht nach in diesem Zusammenhang der *Zerfall traditioneller politischer Identitäten* und der damit verknüpften Loyalitäten zu bestimmten, abgrenzbaren sozialen Kollektiven innerhalb der Gesellschaft, ein Zerfall, der seinerseits auf einen grundlegenden Strukturwandel verweist (vgl. *Hischier/Kriesi* 1980, S. 373 ff.): Wir gehen davon aus, dass in früheren Jahrzehnten die *Polarisierung* und damit auch die *Sichtbarkeit der Interessengegensätze* innerhalb der schweizerischen Gesellschaft grösser waren, was die Bildung politischer Organisationen (Parteien, Gewerkschaften, Verbände) zur Artikulation bestimmter Interessen einzelner Kollektive erleichtert hat. Auf der Basis polarisierter und sichtbarer Gegensätze und gestützt auf weitreichende soziale Theorien vermochten diese Organisationen kohärente Weltbilder zu vermitteln und politische Identitäten zu stabilisieren, den individuellen Bürgern je ein Gefühl von Zugehörigkeit – nicht zum Staat, aber zu seinem Kollektiv und dessen (Sub-)Kultur – zu geben. Konfession, Territorium (Sprache) und Klasse bildeten in dieser Reihenfolge die zentralen Interessendimensionen, auf die sich die stabilisierten politischen Identitäten bezogen (vgl. *Lijphart* 1979). Wie *Verba* et al. (1978) gezeigt haben, kommt politischen Organisationen für die politische Mobilisierung in konventionellen Formen ganz generell eine entscheidende Bedeutung zu.

Mit dem tiefgreifenden strukturellen Wandel, der die Schweiz in der Nachkriegszeit grundlegend verändert hat, ist diesen politischen Organisationen nun aber mehr und mehr der Boden entzogen worden, die traditionellen Interessengegensätze wurden abgeschwächt und verloren an Bedeutung. Durch die sukzessive Integration der Organisationen der verschiedenen traditionellen Interessenpositionen ins politische System haben diese traditionellen Gegensätze vollends an Relevanz für die politische Mobilisierung verloren. Die Folge war ein Zerfall kollektiver Indentifikationsleistungen.[2]

Nur kurz seien hier die einzelnen Etappen dieses Zerfallsprozesses skizziert: Bis zum zweiten Weltkrieg dominierten die Auseinandersetzungen zwischen Parteien das politische Geschehen in der Schweiz. Zunächst fochten die Liberalen gegen die restaurativen Kräfte, nach der Integration der letzteren ins politische System die radikalkonservative Allianz gegen die Sozialisten. Als Resultat einer inneren Systemkrise (Generalstreik) wurde letzteren zunächst der Wahlproporz zugestanden, ihr loyaler Kurs und ihr Verzicht auf den Klassenkampf (Friedensabkommen von 1937) wurden schliesslich unter dem Druck des Krieges mit der Aufnahme in die Regierung belohnt. Mit der – gemessen an ihrer Parteistärke – verfrühten *Kooptierung der gemässig-*

2 Beispielhaft lässt sich diese Entwicklung auch am Zerfall der parteigebundenen Presse ablesen, welche durch überparteiliche Presseorgane und die „objektiven" und „ausgewogenen" elektronischen Medien ersetzt worden ist, die jedem politischen Problem potentiell mobilisierende Spitzen zu nehmen vermögen (vgl. *Haller* et al. 1981).

ten Linken in das durch die Vorherrschaft des Bürgerblocks geprägte Regierungssystem der Schweiz (vgl. *Kriesi* 1980) wurde der Handlungsspielraum der organisierten Arbeiterschaft verengt und ihre Möglichkeiten zur Weiterentwicklung beschnitten. Die starke Mobilisierung der Arbeiterklasse in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte nur noch episodischen Charakter.

Als Folge des zunehmenden Wohlstandes breiter Bevölkerungskreise und unter dem Druck der ideologischen Verhärtung („kalter Krieg") büssten die ehemaligen Kampforganisationen der Arbeiterschaft in der Nachkriegszeit endgültig ihre Schlagkraft ein (systematische Säuberung der Arbeiterorganisationen von ihren kommunistischen Mitgliedern). Die Integration der gemässigten Linksopposition ermöglichte die konsequente Marginalisierung der radikaleren Linksopposition. Aus einem polarisierten politischen System mit eindeutigen Kräfteverhältnissen und einer jeweils hart kämpfenden Opposition entstand die alle massgebenden Kräfte integrierende Konkordanzdemokratie (Institutionalisierung der Zauberformel im Jahre 1959).

In dieser Phase der *Entpolarisierung sozialer Gegensätze* schien sich, vor dem Hintergrund einer allgemeinen Wachstumseuphorie, der Verteilungskampf „von selbst" zu lösen. Die politische Strategie der herrschenden Eliten beschränkte sich auf die Erhaltung des eingependelten Gleichgewichts und auf die Vermeidung sozialer und ideologischer Konflikte. Das Konsensmuster wurde sozusagen zum helvetischen Mythos hochstilisiert, die Grundsätze des „gütlichen Einvernehmens" und des Handelns nach „Treu und Glauben" wurden zu nicht mehr hinterfragten Leitprinzipien politischer Konfliktregelung. Die, wenn auch verspätet, einsetzende Tertiarisierung und die Unterschichtung der einheimischen Arbeiterschaft durch den massiven Zuzug ausländischer Arbeitskräfte, welche einen weit verbreiteten sozialen Aufstieg zur Folge hatten, beschleunigten in den sechziger Jahren den Entpolarisierungsprozess noch zusätzlich. Die nach der unmittelbaren Nachkriegszeit drastisch abnehmende Zahl politischer Aktivierungsereignisse, welche klassenspezifische Probleme thematisieren, dokumentiert diese Entwicklung auf eindrückliche Art und Weise. Erst in der Krise von 1975/76 sollte die Zahl dieser Art von Ereignissen wieder ansteigen (vgl. *Kriesi* et al. 1981, S. 96 ff.).

2. Die Entstehung neuer politischer Identitäten

Mitte der sechziger Jahre erreichte die *politische Demobilisierung* vermutlich ihren Höhepunkt. Bereits zeichneten sich aber neue Protestpotentiale ab, die von den etablierten politischen Organisationen nicht absorbiert werden konnten: Wie der Erfolg der Überfremdungsbewegung zeigt, erwies sich der Import ausländischer Arbeitskräfte nicht als derart unproblematisch, wie zunächst angenommen. Gegen Ende der sechziger Jahre geriet auch der Wachstumsprozess zunehmend ins Stocken und die Folgeprobleme des Wachstumsprozesses machten sich immer deutlicher bemerkbar. Die aus den Folgen dieser Entwicklung resultierenden *„horizontalen Disparitäten"* (vgl. *Offe*

1969) bildeten die Basis für neue *Mobilisierungs- und Protestpotentiale*, die sich nun allerdings in erster Linie in unkonventionellen Formen, ausserhalb der traditionellen politischen Organisationen, artikulierten. Das Jahr 1968 markiert in der Schweiz einen Wendepunkt, steigen doch in diesem Jahr die unkonventionellen politischen Aktivierungsereignisse gesamthaft gesehen sprunghaft an, ohne dass sie später je wieder auf das frühere tiefe Niveau zurückgefallen wären (vgl. *Kriesi* et al. 1981, S. 4). Die neuen, horizontalen Disparitäten verliefen „quer" zu den traditionellen politischen Interessengegensätzen, und dies ist sicher einer der Gründe, weshalb sie von den etablierten politischen Organisationen, auch auf seiten der Linken, nicht artikuliert worden sind. Andererseits unternahmen diese traditionellen Kräfte und ihre Organisationen aber auch erstaunlich wenig Anstrengungen, die Träger der neuen Problemartikulationen zu integrieren. Sie propagierten im Gegenteil eine systematische Stigmatisierung, ja oft gar eine Kriminalisierung dieser neuen Gruppen und prangerten ihren Rückgriff auf unkonventionelle Artikulationsmuster als Ausdruck einer undemokratischen, „unschweizerischen" Gesinnung an. Die selektiven Pressionen, denen die neuen Gruppen vermehrt ausgesetzt wurden, waren dabei für deren Urheber umso unproblematischer, als sie mit einer Solidarisierung oder mindestens stillschweigenden Billigung breiter Bevölkerungskreise rechnen konnten, die ebenfalls vom System profitierten und integriert waren.

Während einerseits also die traditionellen politischen Identitäten, welche die Basis für die konventionelle politische Mobilisierung durch die etablierten politischen Organisationen abgegeben haben, zerfallen sind, haben sich andererseits seit den späten sechziger Jahren vermehrt neue politische Identitäten gebildet, die sich nun aber nicht mehr innerhalb der traditionellen konventionellen Kanäle artikulieren. Während das integrierte Zentrum der grossen Mehrheit der Bürger keine identifikationsträchtigen Identitäten mehr anbieten kann, sind am Rande der Gesellschaft neue Identitäten entstanden, die nicht mehr integriert werden und die sich durch eine Orientierung an neuen Werten, eine Neubestimmung traditioneller Rollen, durch neue Verkehrs- und Gemeinschaftsformen und demzufolge durch eine erhöhte Sensibilität gegenüber neuen Problemen auszeichnen. Die Gesellschaft und ihr politisches System zerfallen mehr und mehr in einen integrierten Kern und einen alternativen Rand – eine zunehmende *Dualisierung der Gesellschaft* zeichnet sich ab.[3]

3 Vgl. *Esser/Fach* (1981), welche für dieses Phänomen den Terminus des „selektiven" Korporatismus" geprägt haben. Für die Spaltungstendenzen im Zusammenhang mit der Anti-AKW-Bewegung in der Schweiz, vgl. *Kriesi* (1982).

Das integrierte Zentrum der Gesellschaft besteht dabei nicht nur aus dem Kern der etablierten Klassen und Gruppen, den Trägern der gesellschaftlichen Macht und der dominanten Kultur, sondern auch aus der „schweigenden Mehrheit" der inkorporierten Lohnabhängigen. Letztere sind nun aber weder aufgrund objektiver oder subjektiver Interessen (die Interessen des Kerns sind nicht ihre Interessen und die dominante Kultur ist nicht ihre Kultur), noch aufgrund eines besonderen Glaubens an die Legitimität der Herrschaft des Kerns integriert. Nach dem Zerfall politisch relevanter traditioneller Identifikationen beruht ihre Integration pragmatisch auf stillschweigender Billigung: Solange das System die Güter liefert, die sie benötigen und solange sie nicht glaubwürdig von der grösseren Leistungsfähigkeit eines alternativen Systems überzeugt werden können, besteht für die „schweigende Mehrheit" der integrierten Bürger kein Grund, das Schweigen zu brechen (vgl. *Mann* 1970, *Wright* 1976, *Kriesi* 1981).

Die alternative Peripherie besteht demgegenüber aus den Gruppen und Bewegungen (Umwelt-, Frauen-, Jugend-, Friedens-, Regionalbewegungen usw.), welche gegenwärtig die eigentliche, wenn auch (noch) sehr heterogene, oppositionelle Kraft in den meisten fortgeschrittenen Industriegesellschaften, die neuen „Systemveränderer" darstellen (vgl. *Touraine* 1978, *Kriesi* 1982).

Diese Spaltung der Gesellschaft, der Dichotomie Zentrum-Peripherie und der internen Differenzierung des Zentrums, entsprechen *drei idealtypische Bürger*: Dem integrierten Bürger im Kern stehen zwei Varianten des „heimatlosen Bürgers" gegenüber – der angepasste „heimatlose Bürger" aus der schweigenden Mehrheit und der marginale „heimatlose Bürger" vom Rande der Gesellschaft. Der *integrierte Bürger* gehört den dominanten Klassen und Gruppen an, die dominante politische Kultur ist „seine" Kultur, die bestehenden politischen Institutionen und Verhältnisse sind ihm vertraut, er fühlt sich in ihnen zu Hause. Er erhält von ihnen, was er sich von ihnen erwartet. Er orientiert sich bewusst am und engagiert sich aktiv für den Status quo, der seinen materiellen Interessen entspricht und für dessen Verteidigung er sich gegebenenfalls auch einzusetzen weiss. Der „moderne Leistungsstaat" ist seine „Heimat".

Die im Zentrum inkorporierten sozialen Unterschichten bilden das Substrat des *angepassten „heimatlosen Bürgers"*. Seine Integration wird erkauft mit den materiellen Gütern und Dienstleistungen (Einkommen, soziale Sicherheit usw.), die der Leistungsstaat liefert und die eine stetige Verbesserung seiner materiellen Lebensverhältnisse oder zumindest eine Erhaltung seiner Kaufkraft ermöglichen. Die erfahrene Statusverbesserung und das Abflauen der sozialen Kämpfe haben seine Bereitschaft zur solidarischen Unterstützung sozialer Forderungen, die seinen objektiven Interessen entsprechen, vermindert oder sogar einer indifferenten Haltung weichen lassen. Eine Identifikation mit der eigenen Interessengruppe ist infolge des beschriebenen Zerfalls der traditionellen Oppositionskultur (u. a. der Arbeiterkultur) zu-

sätzlich noch erschwert worden. Der Relevanzverlust der eigenen Institutionen, der Zerfall der Gruppensolidarität und -identität führen, unter den Bedingungen eines gesicherten Lebensstandards, zu einer Atomisierung dieser sozialen Kategorie, sie begünstigen einen *Rückzug in die Privatspähre* (vgl. *Goldthorpe/Lockwood* 1969). Die oberflächliche Übernahme der dominanten Ideologie bzw. gewisser Versatzstücke dieser Ideologie (denn sie entspricht nicht den eigenen Interessen) wird einerseits durch das Fehlen eigener Identifikationsinstanzen, andererseits durch den, im Rahmen massenmedialer „Berieselung" vermittelten *„wilden Individualismus"* (*Willener* 1982, S. 197 ff.) noch verstärkt. Die Überflutung mit vorwiegend unvermittelter Information und das Fehlen einer strukturierenden und artikulierenden Interpretationsinstanz lassen ein Gefühl von Verwirrung, Verunsicherung und Angst entstehen. Die Koppelung dieses Gefühls mit der ohnehin erfahrenen Machtlosigkeit fördert eine resignative Haltung, die Einsicht, „dass man sowieso nichts ändern kann", dass der Mensch schon immer so war und dass es auch immer so sein wird", „dass ‚die da oben' sowieso machen, was sie wollen", usw.. Eine solche Grundhaltung muss folgerichtig zum *Abstentionismus* führen. Unbehagen greift um sich, aber dem angepassten „heimatlosen Bürger", den wir in der Folge als *apathischen Bürger* bezeichnen wollen, fehlen die Artikulationsmöglichkeiten. Diese Situation wurde von Henri Lefèbvre, anlässlich eines Interviews, triftig charakterisiert:

> "S'il y a aujourd'hui plus de bien-être que jadis, il y a aussi plus de mal-être, plus de malaise: s'il y a plus de communications, il y a davantage de solitude. Et l'un ne va pas sans l'autre." (Le monde, 19 déc. 1982)

In den modernen Industriegesellschaften sind der dominante Produktions- und Distributionsmodus, und somit die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt über die konstante Einkommenssteigerung legitimiert worden (*Dreitzel* 1976). Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, in welche auch diese Gesellschaften immer tiefer hineingeraten, stellt diesen Legitimationstypus in Frage, mit den drohenden Folgen einer Systemkrise. Angesichts dieser Entwicklung greifen die Herrschenden auf *defensive Strategien* zurück, die den Status quo als „beste aller möglichen Welten"[4] verherrlichen und jeden aktiven Versuch zu seiner Veränderung systematisch verfolgen (vgl. *Kriesi* 1981, S. 21). Zur Legitimation herrschender Verhältnisse wird nun auch wieder an nationale Solidarität appelliert („Wir sitzen alle im selben

4 In einem Interview äusserte sich der Chefredaktor des „Blick", Peter Übersax, wie folgt: „Wir müssten vielleicht mal über dieses Land (die Schweiz, H. K.) reden. Ich habe sehr viele Jahre im Ausland verbracht und bin der Meinung, dass dieses Land in einem glänzenden Zustand ist, dass dieses Land funktioniert, dass in diesem Land gut zu leben ist und nur sehr wenige leiden. Dass sich dieses Land doch sehr nahe an dem Optimum bewegt, soweit es in der spätkapitalistischen Periode überhaupt möglich ist." (In: *Haller/Müller* 1981, S. 257).

Boot") und mit Arbeitslosigkeit und Verlust von materieller Sicherheit generell gedroht. Es wird mit der Angst vor dem Absinken in die Marginalität, mit dem Risiko, nicht mehr einsteigen zu können, gespielt. Wo derartige Mechanismen nicht mehr greifen, wird der Druck von oben systematisch verschärft, *das System verhärtet sich*. Dies lässt sich ablesen an disziplinierenden Massnahmen am Arbeitsplatz (bei gesteigertem Leistungsdruck), an der zunehmenden Repression im privaten (Entlassung von aktiven Gewerkschaftern, Inserentendruck auf Tageszeitungen, Entlassungen von Chefredaktoren), wie auch im öffentlichen Bereich (Massnahmen gegenüber kritischen Lehrern, Künstlern und Medienschaffenden), sowie an der konzertierten ideologischen Offensive „von oben", wie sie sich vor allem im Medienbereich manifestiert.

Diese Strategien verfehlen beim apatischen Bürger ihre Wirkung nicht. Sie versetzen ihn in einen Zustand politischer Erstarrung, der Ablehnung jeglicher Veränderung aus Furcht vor einem Verlust mühsam erarbeiteter Errungenschaften. Er wird, wie es einmal treffend formuliert wurde, zum „Stupor-Bürger".

Der *marginale „heimatlose Bürger"* schliesslich ist der Träger der alternativen Subkulturen. Er rekrutiert sich vorerst primär aus der Intelligenz und aus den jüngeren Generationen ganz allgemein. Die Studentenbewegung und die aus ihr hervorgegangene Neue Linke bilden den Kristallisationspunkt der unterschiedlichen Tendenzen, die sich in der Folge am alternativen Rand entwickelt haben. Der *marginale Bürger* verweigert sich den herrschenden Strukturen nicht nur (partiell oder insgesamt), er schreitet auch zur Realisierung von alternativen Projekten. Diese sind nicht auf den Produktionsbereich beschränkt, sondern erfassen alle Lebensbereiche, spielen sich typischerweise oft im Alltagsleben ab. Es entstehen neue Sinnstrukturen und eine neue Solidarität, es werden neue Verkehrs- und Lebensformen praktiziert. Diese Elemente, verstärkt durch die vom Zentrum aus geförderte Isolierung der marginalen Subkulturen, können zum *Aufbau neuer Identitäten* führen und diese Orte der Geborgenheit bilden für manch ein Mitglied dieser Subkulturen so etwas wie die Verheissung einer „neuen Heimat". Oft sind die Träger solch neuer Gruppen nicht im eigentlichen Sinne „politisch heimatlos", sondern sie sind es lediglich in bezug auf den „modernen Leistungsstaat", den sie ablehnen. Bezüglich der dominanten Strukturen sind sie zwar marginal und desintegriert, aber sie verfügen über ihren eigenen Integrationskontext (vgl. *Kriesi* 1982).

Im Gegensatz zum apathischen Bürger, der zum gegenwärtigen Zeitpunkt durch politischen Immobilismus und Gleichgültigkeit gekennzeichnet ist, weist der marginale Bürger eine ausgeprägte sozio-politische Aktivität auf. Durch seine Abkoppelung vom System der dominanten Kultur ist er nicht mehr so eng an die Vorstellungen und inneren Zwänge gebunden, welche durch die herrschenden Normen bestimmt werden. Er lebt in einem Raum, der Kreativität und innovatives politisches Verhalten fördert und bis zu einem gewissen Grade auch ermöglicht.

II. Empirische Anhaltspunkte für die drei idealtypischen Bürger

Wir haben versucht, diese modellhafte Darstellung auch empirisch zu untermauern. Dabei standen uns die Daten einer im Herbst 1980 durchgeführten Befragung einer repräsentativen Stichprobe von rund 1000 Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zur Verfügung.[5] Obwohl diese Daten für andere Zwecke erhoben worden sind, lassen sie sich dennoch zur Illustration einiger Aspekte der idealtypisch beschriebenen Bürger verwenden.

Zur Operationalisierung der drei Bürgertypen sind wir vom politischen Verhalten ausgegangen, bildet es doch den Angelpunkt der Unterschiede zwischen den drei Typen: Während der idealtypische integrierte Bürger regelmässig konventionell und der marginale Bürger vor allem unkonventionell politisch aktiv ist, verzichtet der idealtypische apathische Bürger auf jegliche Form politischer Aktivität. Als Indikator für die konventionelle politische Aktivität bietet sich die Beteiligung an Abstimmungen und Wahlen an. Diese lässt sich jedoch durch eine Befragung nicht mit der notwendigen Genauigkeit erheben, da konventionelle Beteiligung die Norm ist und die Befragten oft nicht zugeben wollen, dass sie von dieser Norm abweichen.[6] Im Sinne einer Ersatzlösung haben wir als Indikator für die konventionelle Beteiligung die Frage nach politischen Gesprächen mit Bekannten verwendet. Wer im Verlaufe der letzten zehn Jahre seine Bekannten (mindestens einmal) in politische Gespräche verwickelt hat, aber nicht zu unkonventioneller politischer Aktivität bereit ist, der gilt im folgenden als integrierter Bürger.

Für unkonventionelle politische Aktivität haben wir einen Index gebildet, der die Bereitschaft zu (nicht aber die direkte Beteiligung an) verschiedenen Formen unkonventionellen politischen Handelns (Flugblätter verteilen, an Protestversammlungen, Streiks, Demonstrationen, Hausbesetzungen teilnehmen, den Verkehr behindern, Parolen an Hausmauern malen oder Eigentum beschädigen) misst. Wer mindestens drei dieser Formen akzeptiert und auch bereit ist, sich an ihnen zu beteiligen, der gilt uns im folgenden als marginaler Bürger. Diejenigen, welche weder politische Gespräche mit Bekannten führen, noch im definierten Sinne bereit zu unkonventionellen politischen Aktivitäten sind, die bilden nachstehend die Gruppe der apathischen

5 Diese Befragung wurde im Rahmen des Projekts „Der aktive Bürger", das einen Teil des Nationalen Forschungsprogramms Nr. 6 bildet, zusammen mit dem Forschungszentrum für schweizerische Politik in Bern durchgeführt und ist bisher noch nicht systematisch ausgewertet worden.

6 Von den in der kurz vor der Abstimmung vom 30. November 1980 Befragten gaben 76 % an, sie würden stimmen gehen, die effektive Stimmbeteiligung lag aber bei nur 42 %.

Bürger. Auf der Basis dieser Konzeptualisierung verteilen sich die Befragten aus der repräsentativen Stichprobe wie folgt auf die drei Kategorien von Bürgern:

	Prozentwerte
– integrierte Bürger	27
– apathische Bürger	48
– marginale Bürger	25
	100 %
	(n = 1003)

Diejenigen, die schweigen, keine politischen Gespräche führen, bilden tatsächlich die umfangreichste Kategorie: Zur „schweigenden Mehrheit" gehören gemäss der hier verwendeten Definition rund die Hälfte aller Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Die andere Hälfte teilt sich etwa gleichmässig auf integrierte und marginale Bürger auf. Das Kriterium für die Abgrenzung der Marginalen dürfte damit eher weit gefasst sein und der grössere Teil der so definierten Bürger ist mit aller Wahrscheinlichkeit kaum dem skizzierten idealtypischen Träger der alternativen Subkultur zuzurechnen. Dennoch stehen die so definierten marginalen Bürger dieser Subkultur, verglichen mit den Vertretern der anderen beiden Typen, relativ nahe und sollten sich deshalb systematisch von ihnen unterscheiden – vorausgesetzt, dass dem skizzierten Modell eine gewisse Plausibilität zukommt. Betrachten wir nun zunächst die unterschiedliche sozio-demografische Zusammensetzung der drei Typen gemäss den Ergebnissen unserer Stichprobe.

1. Die sozio-demografischen Determinanten der Integration in die herrschende politische Kultur bzw. der „Heimatlosigkeit"

Alter: Der Anteil der integrierten Bürger ist in allen Alterskategorien etwa gleich gross, d. h. er beträgt immer rund einen Viertel. Das Schwergewicht der „heimatlosen Bürger" verschiebt sich jedoch mit zunehmendem Alter von der marginalen zur apathischen Kategorie, von den unkonventionell Protestierenden zu den sogar konventionell „Schweigenden". Gehören von den 20–24-jährigen noch rund die Hälfte (46 %) zur ersten Gruppe, so sinkt ihr Anteil auf nur 13 % in der Altersklasse der über 75-jährigen ab. Umgekehrt nimmt der Anteil der „Schweigenden" mit zunehmendem Alter von rund einem Viertel (27 %) auf fast zwei Drittel (61 %) zu.[7]

7 Das ausgesprochen hohe Protestpotential jüngerer Bürgerinnen und Bürger lässt sich in den verschiedensten modernen Industriegesellschaften nachweisen (vgl. *Barnes/Kaase* 1979, S. 103).

Geschlecht: Die Frauen gehören häufiger zur „schweigenden Mehrheit" als die Männer (zu 56 % gegenüber 40 % bei den Männern), dafür ist ihr Anteil bei den integrierten Bürgern geringer (21 % gegenüber 34 %).

Kontext (Sprache): Die welschen Schweizer „schweigen" erheblich häufiger als die deutschsprachigen Schweizer: Rund zwei Drittel der Romands (65 %) gehören zu den apathischen Bürgern, während es bei den Deutschschweizern nur 42 % sind. Die deutschsprachigen Schweizer sind hingegen doppelt so oft integriert wie die Westschweizer (zu 32 % gegenüber 16 % bei den Welschen). Obwohl wir bei unserer Analyse der Aktivierungsereignisse ein leicht höheres Niveau unkonventioneller politischer Aktivität in der französisch-sprachigen Schweiz feststellen konnten (vgl. *Kriesi* et al. 1981, S. 137), erweist sich der Anteil der marginalen Bürger anhand der hier vorliegenden Daten in der Westschweiz nicht als besonders hoch, er liegt im Gegenteil noch leicht unter dem entsprechenden Anteil in der deutschsprachigen Schweiz.

Bildungsgrad: Zu welchem der drei Typen jemand gehört, hängt auch sehr stark von seinem Bildungsgrad ab. Wiederum verschiebt sich mit zunehmendem Bildungsgrad das Schwergewicht der „Heimatlosen": Gehören mehr als zwei Drittel (69 %) derjenigen, die nur über eine Primarschulbildung verfügen, zur Kategorie der Apathischen, so nimmt deren Anteil mit steigendem Bildungsniveau kontinuierlich ab und beträgt bei den Hochschulabsolventen nur noch rund einen Fünftel (21 %). Umgekehrt steigt der Anteil der Marginalen von 15 % in der untersten Bildungsschicht auf fast das Dreifache (43 %) in der höchsten der Hochschulabsolventen an.[8] Auch die integrierten Bürger sind mit steigendem Bildungsniveau stärker vertreten: Während ihr Anteil in der Gruppe der Primarschulabsolventen nur 16 % ausmacht, erreicht er bei den Hochschulabsolventen mit 36 % mehr als das Doppelte.

Klassenzugehörigkeit: Auffällig ist hier der enorm hohe Anteil apathischer Bürger unter den an- und ungelernten Arbeitern und Angestellten (den „Massenarbeitern"), wo er 70 % beträgt, und unter den Vorarbeitern und Werkmeistern, wo er 61 % beträgt. Die Facharbeiter haben noch am ehesten Distanz zur dominanten Kultur bewusst bewahrt, doch auch bei ihnen „schweigt" eine Mehrheit (47 %), ebenso wie die Mehrheit der Angestellten aus den neuen und der Gewerbetreibenden aus den alten Mittelschichten (je 48 %). Überdurchschnittlich integriert sind vor allem die Oberschicht (zu 47 %) und die Bauern (zu 41 %), aber auch die Professionellen (zu 35 %). Letztere, zu denen die unselbständig erwerbstätigen Angehörigen der *Intelligenz* (Intellektuelle und naturwissenschaftlich-technische Intelligenz) gerechnet werden, erweisen sich in diesem Zusammenhang als besonders *gespal-*

8 Die Abhängigkeit des Protestpotentials vom Bildungsniveau haben insbesondere schon *Blancpain/Häuselmann* (1974) nachgewiesen.

tene Klasse[9], haben sie doch nicht nur besonders viele integrierte Bürger in ihren Reihen, sondern auch mit Abstand den höchsten Anteil an Marginalen (41 %).

Militärischer Grad: Je höher der militärische Grad eines Bürgers, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass er integriert im hier gemeinten Sinne ist. Bei den Hilfsdienstpflichtigen liegt der Anteil der integrierten Bürger bei 23 %, bei den Soldaten mit 30 % nur unwesentlich höher. Bei den Unteroffizieren steigt er aber auf 49 % an und erreicht bei den Offizieren fast zwei Drittel (62 %). Umgekehrt nehmen die beiden Kategorien von „Heimatlosen" in höheren militärischen Graden sukzessive ab.

Obwohl diese Ergebnisse hier auf einem relativ einfachen analytischen Niveau präsentiert worden sind, bestätigen sie doch in groben Zügen das entworfene theoretische Modell und ergänzen es in einigen Aspekten. Die „schweigende Mehrheit" rekrutiert sich tatsächlich überdurchschnittlich oft aus den benachteiligsten sozialen Schichten. Die Angehörigen der Arbeiterklasse, der unteren Bildungsschichten, aber auch die Frauen, die alten Leute und vor allem die welsche Minderheit neigen am ehesten zum „Schweigen", sind zwar angepasst, artikulieren ihren politischen Willen aber nicht und können in diesem Sinne als „heimatlos" bezeichnet werden. Umgekehrt sind es vor allem Gebildete, Angehörige der Intelligenz, und insbesondere Angehörige jüngerer Generationen, welche sich auf unkonventionelle Weise artikulieren und tendenziell mindestens eine „neue Heimat" ausserhalb der etablierten Artikulationsstrukturen finden. Integriert schliesslich sind, wie vermutet, vor allem die Bürger im Kern des Systems: Die Angehörigen der Oberschicht und die traditionell besonders fest in unserem System verankerten Bauern, Unteroffiziere und Offiziere. Deutschschweizer sind eher integriert als Welsche, Männer etwas häufiger als Frauen. Die Tatsache, dass Gebildete und Professionelle sowohl häufiger integriert, als auch häufiger marginal sind, belegt die *ambivalente Rolle der Bildung* in der politischen Sozialisation: Bildung ist nicht nur instrumentell für gesellschaftlichen Aufstieg und damit integrierend, sie erhöht auch das kritische Potential eines Bürgers und entfremdet ihn der herrschenden politischen Kultur. Bemerkenswert ist, wie die folgende Tabelle zeigt, dass Bildung vor allem in der jüngeren Generation – der Generation, die seit 1968 die höheren Bildungsinstitutionen durchlaufen hat – ihre entfremdende Wirkung entfaltet:

9 Es gibt gute Argumente dafür, die Intelligenz als „neue Klasse" zu behandeln (vgl. *Gouldner* 1979).

Tabelle 1: Bildungsniveau und Altersklasse als Determinanten der „Heimatlosigkeit": Prozentwerte

Die 3 Typen	20–29-Jährige[1]		über 30-Jährige[2]	
	Primar-/ Sek. schule	Mittel-/ Hoch- schule	Primar-/ Sek. schule	Mittel-/ Hoch- schule
apathisch	41	13	58	35
integriert	26	30	24	35
marginal	34	*58*	18	*28*
Zusammen	100 %	100 %	100 %	100 %
n	(98)	(64)	(565)	(198)

1 Gamma = 0.49
s = .000
2 Gamma = 0.33
s. = 000

Die neuen Werte sprechen offensichtlich insbesondere die Gebildeteren in der jüngeren Generation an: Die neue Intelligenz stellt in erster Linie ein *Potential für die neuen Bewegungen dar.* Dass dieses Potential auch mobilisiert wird, belegt die Zusammensetzung der AKW-Gegner in der Schweiz (vgl. *Kriesi* 1982).

2. Das kritische Potential der drei Bürgertypen

Aufgrund der Charakterisierung der drei Typen im ersten Teil dieses Papers ist anzunehmen, dass sich die beiden Kategorien von „heimatlosen Bürgern" insbesondere in ihrem kritischen Potential unterscheiden. Der „Stupor-Typ", uninformiert und ängstlich wie er ist, dürfte in besonderem Masse unkritisch sein; vom marginalen Bürger, der sich von der dominanten Kultur gelöst und tendenziell eine „neue Heimat" gefunden hat, ist dagegen anzunehmen, dass er der dominanten Kultur besonders kritisch gegenübersteht. Der integrierte Bürger schliesslich dürfte wie der apathische unkritisch sein, jedoch aus anderen Gründen: Er befindet sich im Einklang mit dem Status quo, ist mit sich und seiner Welt zufrieden.

Wir haben diese Vermutungen anhand von zwei Indikatoren zu überprüfen versucht, einerseits mit einem Indikator für die Parteisympathie, andererseits mit einem Index, der die kritische Beurteilung von zentralen Institutionen unserer Gesellschaft zusammenfasst. *Tabelle 2* zeigt die unterschiedlichen Parteisympathien der drei Kategorien von Bürgern im Überblick:

Tabelle 2: Parteisympathien der drei Kategorien von Bürgern: Prozentwerte

Parteisympathie zu	integrierte	apathische	marginale
– linker Partei (SP, POCH, PDA)	18	24	*46*
– NA-REP	1	1	0
– bürgerlicher Partei	*56*	44	29
– anderer Partei	2	0	4
– keiner Partei/weiss n.	22	32	21
Zusammen	100 %	100 %	100 %
n	(270)	(449)	(226)

Wie erwartet neigen die integrierten Bürger primär den etablierten bürgerlichen Parteien zu, während die marginalen in erster Linie Sympathien zu den Linksparteien bekunden, welchen in der Konkordanzdemokratie noch am ehesten die Rolle der Opposition zukommt. [10] Bei den apathischen Bürgern fällt zunächst der besonders hohe Anteil derjenigen auf, die mit keiner Partei sympathisieren, ein Indiz für ihr Desinteresse an konventioneller Politik. Im übrigen stehen diese Bürger – ihrer sozio-demografischen Zusammensetzung zum Trotz – aber den bürgerlichen Parteien deutlich näher als den Linksparteien. Es ist diese „schweigende, heimatlose Mehrheit", die letzlich den Ausschlag für die Fortsetzung bürgerlicher Mehrheitsverhältnisse in unserem politischen System gibt. Zweifellos ist dies keine umwerfende Neuentdeckung, aber ein Faktum, das man bei der aktuellen Debatte über die politische Aktivierung der Bürger nicht aus den Augen verlieren darf. Erwähnenswert ist schliesslich das Ergebnis, dass die rechten Aussenseiterparteien (Nationale Aktion und Republikaner) 1980 in keiner der drei Bürgerkategorien (mehr) über irgendwelche Sympathien verfügten.

Im Hinblick auf die Erfassung des kritischen Potentials wurde den Befragten eine Liste von Institutionen vorgelegt, anhand derer sie für jede Institution angeben konnten, ob diese ihrer Ansicht nach mehr Einfluss haben sollte, ob sie weniger Einfluss haben sollte, oder ob man ihren Einfluss so lassen sollte, wie er zur gegebenen Zeit war. *Tabelle 3* gibt eine Übersicht über die charakteristischsten Beurteilungsunterschiede zwischen den drei Bürgertypen:

10 Von den 46 % der marginalen Bürger, welche ihre Sympathien für Linksparteien bekunden, sprechen sich 36 % für die SP aus, 9 % für die POCH und 1 % für die PdA.

Tabelle 3: Kritische Beurteilung von Institutionen: Prozentanteil der Befragten, die kritische Urteile fällen („mehr Einfluss" bzw. „weniger Einfluss" für eine Institution)

Institution	apathische	integrierte	marginale
weniger Einfluss für			
– Polizei	6 %	13 %	23 %
– Armee	16 %	21 %	39 %
– Arbeitgeberverbände	14 %	30 %	42 %
– Verwaltung	21 %	40 %	45 %
– Grossunternehmen	39 %	59 %	68 %
mehr Einfluss für			
– Gewerkschaften	19 %	23 %	40 %
– Volk	45 %	49 %	62 %
– Umweltschutzorganisationen	64 %	62 %	79 %

Die *apathischen Bürger* erweisen sich insgesamt als *am unkritischsten*, zum Teil sind sie sogar erheblich unkritischer als die integrierten Bürger, deren kritische Haltung gegenüber einzelnen Insitutionen (v. a. gegenüber den Grossunternehmungen) überraschend ausgeprägt ist. Ein konventionell politisierter Bürger ist, so kann man aufgrund dieser Ergebnisse folgern, ein kritischerer Bürger als ein Angehöriger der „schweigenden Mehrheit". In jeder Hinsicht am kritischsten sind aber natürlich die Marginalen.

Abschliessend stellt sich allerdings die Frage, ob die hier gefundenen Beurteilungsunterschiede zwischen den drei Typen nicht mit ihrer unterschiedlichen soziodemografischen Zusammensetzung erklärt werden können. Es stellt sich mit anderen Worten die Frage, ob die Erfahrungen, die jemand als Vertreter einer der drei Bürgerkategorien macht, ihn unabhängig von seinen sozio-demografischen Merkmalen kritisch bzw. unkritisch werden lassen. Zur Beantwortung dieser Frage haben wir auf der Basis der Ergebnisse von *Tabelle 3* einen zusammenfassenden Index für das kritische Potential eines Bürgers gebildet [11] und diesen dann mit Hilfe der sozio-demografischen Merkmale und der Zugehörigkeit zu den drei Typen [12] zu erklären versucht. Die Ergebnisse der entsprechenden Regressionsanalyse sind in *Tabelle 4* zusammengefasst:

11 Eine Skalenanalyse hat ergeben, dass sich nur die Beurteilungen der vier Institutionen „Grossunternehmen", „Arbeitgeberverbände", „Polizei" und „Armee" auf derselben Dimension befinden. Diese wurden zu einem Index zusammengefasst.

12 Für die beiden Kategorien von „heimatlosen Bürgern" wurde je eine sogenannte Dummy-Variable gebildet. Die Basis-Kategorie bilden demzufolge die Integrierten. Die Koeffizienten für die beiden Dummy-Variablen geben somit an, inwiefern sich die beiden Kategorien der Apathischen und Marginalen von den Integrierten unterscheiden.

Tabelle 4: Determinanten des kritischen Potentials: Standardisierte Regressionskoeffizienten

kritisches Potential[1] in Abhängigkeit von	$R^2 = .20$
– Alter	– .19***
– apathischer Bürger	– .15***
– marginaler Bürger	.15***
– Marginalitätsgrad	.14***
– Bildungsniveau	.10**
– Soziale Schicht	– .05

1 ***: sehr signifikant, auf dem 1 Promille-Niveau
**: signifikant, auf dem 1 %-Niveau

Diese Ergebnisse machen deutlich, dass die Zugehörigkeit zu einem der drei Typen unabhängig von den wichtigsten sozio-demografischen Merkmalen einen sehr signifikanten Einfluss auf das kritische Potential eines Bürgers hat: Die apathischen Bürger aus der „schweigenden Mehrheit" sind unabhängig von ihren sonstigen Merkmalen in sehr signifikantem Masse unkritischer als die integrierten Bürger, und die marginalen Bürger sind in besonders augenfälliger Weise kritischer als die integrierten Bürger. Aus diesen Ergebnissen geht auch hervor, dass jüngere, gebildetere und marginale [13] Bürger ganz generell, unabhängig vom Bürgertyp, dem sie angehören, kritischer sind. Das heisst mit anderen Worten, dass beispielsweise die jüngeren Generationen in jeder der drei Bürgerkategorien kritischer sind als die älteren Bürger in derselben Kategorie: *Alter und Zugehörigkeit zu einem der Bürgertypen wirken sich kumulativ auf das kritische Potential* eines Bürgers aus, wie eine zusätzlich durchgeführte Varianzanalyse zeigt. Die Zusammenhänge zwischen dem Bildungsniveau und der Zugehörigkeit zu einem Bürgertyp einerseits und dem kritischen Potential andererseits sind besonders kompliziert, was ebenfalls eine zusätzliche Varianzanalyse aufdeckt: Nicht nur haben die beiden Variablen je einen unabhängigen Einfluss auf das kritische Potential, sie interagieren auch miteinander, d. h. die Bildung wirkt sich nicht in allen drei Bürgertypen in genau gleicher Weise aus. Mit Abstand *am kritischsten* sind jene Bürgerinnen und Bürger, *die über ein hohes Bildungsniveau verfügen und gleichzeitig*

13 Für den Marginalitätsgrad wurde auch ein Index gebildet, der zusammenfassend anzugeben versucht, wie fern jemand den traditionellen Institutionen (Beruf, Ehe, Familie, Kirche, Militär) steht. Diese Variable erfasst also die relative Randständigkeit eines Bürgers bezüglich der traditionellen Institutionen unserer Gesellschaft, im Gegensatz zur Marginalität bezüglich des herrschenden politischen Systems und der traditionellen Artikulationskanäle in diesem System.

der Kategorie der marginalen Bürger angehören. Bildung wirkt mit anderen Worten vor allem dann radikalisierend, wenn jemand unkonventionell politisiert wird. Ein erhöhtes Bildungsniveau erhöht also nicht nur die Wahrscheinlichkeit, dass jemand unkonventionell politisiert wird (und dies vor allem in der jüngeren Generation), es radikalisiert derart Politisierte auch in besonderem Masse. Dies ist wiederum ein Ergebnis, das es zu beachten gilt, wenn in der aktuellen Debatte über die politische Aktivierung von Bürgern von verbesserter „staatsbürgerlicher Bildung", verbesserter „Information" des Bürgers und dergleichen die Rede ist.

Schliesslich geht aus den Ergebnissen in *Tabelle 4* auch hervor, dass die soziale Schicht, unabhängig von den diskutierten Einflussgrössen, keinen signifikanten Effekt auf das kritische Potential der Bürger (mehr) hat.

Zusammenfassend bestätigen auch diese empirischen Ergebnisse in ihrer Tendenz das skizzierte Modell. Sie verweisen auf den herrschaftsstabilisierenden Charakter der „Heimatlosigkeit" der Mehrheit der Bürger, die „schweigt", und auf das kritische Potential, das in der „Heimatlosigkeit" jener Minderheit liegt, die sich mit unkonventionellen politischen Mitteln artikuliert.

III. Von der Heimatlosigkeit zur neuen Opposition

Unsere Ergebnisse illustrieren die mancherorts geäusserte Vermutung, dass in fortgeschrittenen Industriegesellschaften das kritische Potential nicht mehr vorwiegend in den unteren sozialen Schichten, in der Arbeiterklasse, angesiedelt ist, sondern dass kritisch vorab gebildete Kreise – jüngere Angehörige der Intelligenz – und marginale Bevölkerungsgruppen ganz allgemein sind. Die Angehörigen der Arbeiterklasse – und hier schliessen wir die Kategorie der einfachen Angestellten mit ein – sind in unserem Lande gesamthaft gesehen überdurchschnittlich oft unter den apathischen, angepassten Bürgern zu finden, wobei vor allem die Apathie der unqualifizierten Angehörigen dieser Klasse auffällig ist. Diese Ergebnisse bestätigen einmal mehr die Tatsache, dass von einem im alltäglichen Leben „unmündigen" Bürger nicht ohne weiteres politische Mündigkeit erwartet werden kann. „Unsere Freiheit", so hat *Bäumlin* (1975, S. 54) diesen Punkt unmissverständlich charakterisiert, „ist als private, wirtschaftliche und politische letztlich unteilbar. Darum genügt es nicht, Voraussetzungen für bessere Freiheit nur gerade in einem Bereich, etwa dem staatsbürgerlichen, zu mehren". Für die Anhänger einer „modernen Demokratietheorie", für welche Demokratie zur blossen Elitekonkurrenz degeneriert ist, mag die politische Apathie der benachteiligtsten Schichten unproblematisch sein, ja sie mag ihnen aufgrund ihres herrschaftsstabilisierenden Charakters unter Umständen gar als begrüssenswert erscheinen. Wer Demokratie aber nicht derart verkürzt versteht, sondern am klassischen Demokratieverständnis (vgl. *Pateman* 1970) festhält, der wird sich allerdings durch die „Heimatlosigkeit" dieser benachteiligten Bürger beunruhigen lassen müssen.

Wir haben diese „Heimatlosigkeit" der „schweigenden Mehrheit" mit dem zunehmenden Zerfall traditioneller politischer Identitäten und damit vor allem mit dem Zerfall des Oppositionspotentials der traditionellen politischen Linken in Zusammenhang gebracht. Schon *Verba/Nie* (1972, S. 340) haben in ihrer klassischen Studie über politische Partizipation in den USA den Schluss gezogen, dass die Diskrepanz zwischen der Beteiligung privilegierter und benachteiligter Schichten mit grosser Wahrscheinlichkeit vermindert werden könnte, wenn es mehr klassengestützte Ideologien und stärkere, klassenbezogene politische Parteien in den USA geben würde. Angesichts der Erstarrung, Perspektiv- und Phantasielosigkeit der „schweigenden Mehrheit" stellt sich für die Träger der traditionellen Linksopposition die Frage, ob ihre Strategie der Beteiligung an der Macht, der Verteidigung des Status quo und der Ignorierung neuer Forderungen aus Angst vor einem vermuteten Basisverlust tatsächlich ihren langfristigen Interessen entspricht. Diese Frage stellt sich umso mehr, als sich angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise die kollektive Lebenslage ihrer Basis mehr und mehr verschlechtert. Unsere Ergebnisse deuten an, dass ihre Basis sich infolge des Zerfalls der Arbeiterkultur und der Integration der Opposition ins System ohnehin schon der Arbeiterbewegung entfremdet hat und primär zum Wählerpotential bürgerlicher Parteien gehört. Mangels eigener Artikulations- und Identifikationsinstanzen sehen sich die entwurzelten Bürger gezwungen, sich der dominanten Kultur anzupassen und den Status quo – den „Spatz in der Hand" – zu wählen. Ihre „Heimatlosigkeit" verdrängen sie dabei stets über eine symbolische Teilnahme am Kern gesellschaftlicher Macht.

Wir haben aber auch eine zweite Form der „Heimatlosigkeit" im herrschenden System identifizieren können, deren Kern aus den genannten Trägern des kritischen Potentials besteht. Marginale Bevölkerungsgruppen, die sich gängigen Rollen und Verhaltensmustern entziehen, haben im Gefolge der „Kulturrevolution" der späten sechziger Jahre eine Gegenkultur etabliert, welche den Kristallisationskern neuer politischer Identitäten bildet. Als Ort der Geborgenheit und revitalisierter Gemeinschaftsgefühle könnte diese Gegenkultur sehr wohl zu einer Art „neuer Heimat" werden, zu einer Heimat allerdings, die sich durch ihren prospektiv-fortschrittlichen Charakter vom üblichen retrospektiv-konservativen Heimatverständnis radikal absetzt: Heimat also nicht mehr als Zufluchtsort in einer mythischen, geschlossenen, vergangenen „heilen" Welt, sondern im Sinne Blochs als offener Entwurf, als Ort der Geborgenheit und der Solidarität in einer gerechteren und freieren (Gegen-)Gesellschaft.

Angesicht der „strukturellen Nähe" der traditionellen Linksopposition zu diesen neuen gegengesellschaftlichen Kräften könnte eine Annäherung der oragnisationellen Träger der traditionellen Linksopposition an die Anliegen der marginalen gesellschaftlichen Gruppen zu einer inneren Erneuerung und zu einer Stärkung der traditionellen Oppositionskräfte führen. Durch eine derartige *Revitalisierung der „institutionalisierten Opposition"* könnte das sich gegenwärtig unmissverständlich abzeichnende Polarisierungspotential der

Gesellschaft für eine emanzipatorische Politik eingesetzt werden, könnte vermieden werden, dass die Steuerung des sich anbahnenden sozialen Konflikts einzig den etablierten Kräften überlassen bleibt. Die „schweigende Mehrheit" wird von der sich abzeichnenden Kraftprobe nicht verschont bleiben. Das Ausmass, in dem sie sich für die Opposition mobilisieren lassen wird, hängt unter anderem aber von der Qualität, der Strategie und den alternativen Angeboten der oppositionellen Elite ab.

Literaturhinweise

Barnes, S. H., M. Kaase et al. 1979. *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies.* London: Sage.

Bäumlin, R. 1975. *Politik im Alltag.* Basel: Z-Verlag.

Blancpain, R. und E. Häuselmann 1974. *Zur Unrast der Jugend.* Frauenfeld: Huber.

Dreitzel, H. 1976. *Der politische Inhalt der Kultur.* In: A. Touraine et al.: *Jenseits der Krise.* Frankfurt: Syndikat.

Esser, J. und W. Fach 1981. *Korporatistische Krisenregulierung im „Modell Deutschland".* In: U. von Alemann (Hrsg.): *Neokorporatismus*, Frankfurt/New York: Campus.

Goldthorpe, J. H., D. Lockwood et al. 1969. *Der „wohlhabende" Arbeiter in England.* München: Goldmann.

Gouldner, A. 1979. *Die Intelligenz als neue Klasse.* Frankfurt/New York: Campus.

Haller, M., M. Jaeggi und R. Müller (Hrsg.) 1981. *Eine deformierte Gesellschaft. Die Schweizer und ihre Massenmedien.* Basel: Lenos-Verlag.

Haller, M. und R. Müller 1981. *Wie „Blick" den Leser einfängt.* In: M. Haller et al. (Hrsg.): Eine deformierte Gesellschaft. Basel: Lenos-Verlag.

Hischier, G. und Kriesi, H. 1980. *Der politische Stil in der Schweiz. Unkonventionelle Gedanken über politische Konventionen.* In: G. Hischier, R. Lévy und W. Obrecht (Hrsg.): *Weltgesellschaft und Sozialstruktur, Festschrift für Peter Heintz.* Rüegger: Diessenhofen.

Kriesi, H. 1980. *Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik.* Frankfurt/New York: Campus.

– 1981. *Wer gefährdet den Rechtsstaat?* In: Profil/Rote Revue, Nr. 4.

– 1982. *AKW-Gegner in der Schweiz.* Eine Fallstudie zum Aufbau des Widerstands gegen das geplante AKW in Graben. Diessenhofen: Rüegger.

Kriesi, H., R. Levy, G. Ganguillet und H. Zwicky (Hrsg.) 1981. *Politische Aktivierung in der Schweiz*, 1945–1978. Diessenhofen: Rüegger.

Lijphart, A. 1979. Religious vs. Linguistic vs. Class Voting: *The "Crucial Experiment" of Comparing Belgium, Canada, South Africa and Switzerland.* In: American Political Science Review, June, p. 442–458.

Mann, M. 1970. *The Social Cohesion of Liberal Democracy.* In: American Sociological Review, 35, 3 (June), p. 423–439.

Offe, C. 1969. *Politische Herrschaft und Klassenstruktur.* In: G. Kress, D. Senghaas (Hrsg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme. Frankfurt: Fischer.

Pateman, C. 1970. *Participation and Democratic Theory.* Cambridge University Press.

Touraine, A. 1978. *La voix et le regard.* Paris: Seuil.

Verba, S. and N. H. Nie 1972. *Participation in America: Political Democracy and Social Equality.* New York: Harper.

Verba, S., N. H. Nie and J. O. Kim 1978. *Participation and Political Equality. A Seven Nation Comparison*. Cambridge University Press.

Willener, A. 1982. *Notre bain quotidien. Les média en Suisse*. Lausanne: Institut de science politique.

Wright, J. D. 1976. *The Dissent of the Governed. Alienation and Democracy in America*. New York: Academic Press.